

Antrag

der Fraktion der SPD

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr

Abstufungsliste für nicht mehr fernverkehrsrelevante Bundesfernstraßen dem Landtag unverzüglich vorlegen

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,

I. zu berichten,

1. wann sie die in der Bundesratsdrucksache 246/1/09 und in der Bundestagsdrucksache 16/13387 angekündigte Liste zur Abstufung nicht mehr fernverkehrsrelevanter Bundesfernstraßen vom Bundesministerium für Verkehr Bau und Stadtentwicklung erhalten hat;
2. ob und auf welche Weise sie an der Entstehung dieser Liste für Straßen aus Baden-Württemberg mitgewirkt hat;
3. aus welchem Grund sie die Liste bis heute nicht veröffentlicht hat;
4. welche Position sie zu jeder einzelnen der in der Liste enthaltenen Maßnahmen einnimmt;
5. was der baden-württembergische Vorschlag für die Unterhalts- und Erhaltungsfinanzierung der abzustufenden Straßen beinhaltet;
6. ob es Landesstraßen in Baden-Württemberg gibt, die nach ihrer Auffassung zu einer Bundesfernstraße hochgestuft werden müssten;

II. dem Landtag unverzüglich die Abstufungsliste nicht mehr fernverkehrsrelevanter Bundesfernstraßen vorzulegen.

27. 07. 2010

Schmiedel, Haller, Zeller
und Fraktion

Eingegangen: 28. 07. 2010 / Ausgegeben: 27. 08. 2010

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Begründung

Mitte 2009 haben sowohl Bundestag als auch Bundesrat im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Verkehr Bau und Stadtentwicklung beschlossen, dass den Ländern bis Ende letzten Jahres eine Abstufungsliste nicht mehr fernverkehrsrelevanter Bundesfernstraßen vorgelegt wird. Seither war seitens der Landesregierung zu diesem Thema nichts mehr zu hören. Viele Straßenbauprojekte werden aber auch davon abhängig sein, wer in Zukunft zuständiger Träger der Maßnahme ist. Zudem muss sichergestellt werden, dass etwaige Abstufungen für das Land kostenneutral sind. Daher muss hier schnellstens Klarheit geschaffen werden.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 17. August 2010 Nr. 65-3911.14/246/14 nimmt das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,*

I. zu berichten,

1. wann sie die in der Bundesratsdrucksache 246/1/09 und in der Bundestagsdrucksache 16/13387 angekündigte Liste zur Abstufung nicht mehr fernverkehrsrelevanter Bundesfernstraßen vom Bundesministerium für Verkehr Bau und Stadtentwicklung erhalten hat;

2. ob und auf welche Weise sie an der Entstehung dieser Liste für Straßen aus Baden-Württemberg mitgewirkt hat;

3. aus welchem Grund sie die Liste bis heute nicht veröffentlicht hat;

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat auf Arbeitsebene bisher lediglich eine Diskussionsgrundlage für eine solche Liste vorgelegt. Die Landesregierung hat an der Erstellung der o. a. Diskussionsgrundlage nicht mitgewirkt. Bund und Ländern haben vereinbart, zunächst eine fachtechnische Prüfung durchzuführen. Diese ist im Gange. Eine belastbare und veröffentlichungsfähige Liste liegt deshalb derzeit nicht vor.

4. welche Position sie zu jeder einzelnen der in der Liste enthaltenen Maßnahmen einnimmt;

Straßen, die ihre Bedeutung als Bundesstraße verloren haben, sind abzustufen. Gemeinde, Kreis- oder Landesstraßen, die ihre Bedeutung als Bundesfernstraße gewonnen haben, sind aufzustufen. Die jeweils anzulegenden Kriterien werden noch erörtert. Darüberhinaus sind derzeit belastbare Aussagen noch nicht möglich.

5. was der baden-württembergische Vorschlag für die Unterhalts- und Erhaltungsfinanzierung der abzustufenden Straßen beinhaltet;

Die Kosten für Unterhaltung und Erhaltung der nach Bundesfernstraßengesetz und Straßengesetz Baden-Württemberg umgestuften Straßen sind vom neuen Baulastträger zu tragen. Sofern darüber hinausgehende Umstufungen erfolgen sollen, geht die Landesregierung von einer finanziellen Kompensation aus.

6. ob es Landesstraßen in Baden-Württemberg gibt, die nach ihrer Auffassung zu einer Bundesfernstraße hochgestuft werden müssten;

Ja.

II. dem Landtag unverzüglich die Abstufungsliste nicht mehr fernverkehrsrelevanter Bundesfernstraßen vorzulegen.

Eine Vorlage kann erst erfolgen, wenn eine belastbare Liste vorliegt.

In Vertretung

Lück

Ministerialdirigentin